



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dietmar Weinert

Wiesbaden, 13.03.2014

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Mittwoch, 19. März 2014, um 17:00 Uhr,
Jüdische Gemeinde Wiesbaden, Großer Saal (Untergeschoss)
Friedrichstr. 31-33, 65185 Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 4.12.2013
2. Jüdische Gemeinde Wiesbaden
3. 14-A-50-0002

ANLAGE

Jahresbericht der Patientenfürsprecherin der HSK - Dr. Horst-Schmidt-Kliniken für das Jahr
2013

4. 14-A-50-0003

ANLAGE

Jahresbericht der Patientenfürsprecherin der Asklepios-Paulinenklinik / DKD - Deutsche Klinik für Diagnostik / Aukammklinik für das Jahr 2013

5. 14-F-05-0002

Prävention / Transparenz durch Mobile Streetworker?
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 27.2.2014 -

In den Jahren 2007 und 2008 ist mit breiter Zustimmung und Unterstützung durch die Ortsbeiräte der Einsatz von Mobilien Streetworkern in den Stadtteilen gefordert worden. Diese sollten bei Bedarf dann tätig werden, wenn in einzelnen Stadtteilen sich Bürger durch das Verhalten von jungen Menschen (Jugendliche, Heranwachsende, junge Erwachsene) in ihrem Wohnumfeld gestört oder sogar bedroht fühlen. Es war beabsichtigt, dass „Mobile Streetworker“ von den Ortverwaltungen bzw. Ortsbeiräten benannte Örtlichkeiten aufsuchen und hier in direkten Kontakt mit jungen Menschen treten. So sollte die Inanspruchnahme der Polizei nach Möglichkeit vermieden werden (Prävention), außerdem sollte für die Bürger erkennbar sein: „Man kümmert sich um uns“ (Transparenz).

Der Haushalt 2008/2009 sollte hierfür um den Baustein „Streetworking“ für weitere Sozialarbeiter-Planstellen ergänzt werden. Mit einer Zusetzung von 140.000 € zu diesem Zweck war der Grundstein hierfür gelegt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

ob bzw. mit welchem Erfolg der Einsatz von „Mobilien Streetworkern“ durchgeführt wurde bzw. wird.

6. 14-F-08-0013

Barrierefreie Toiletten in der Innenstadt
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 12.3.2014 -

Bei einem Ortstermin mit der Wall AG und dem Arbeitskreis der Behindertenorganisationen wurde festgestellt, dass die im Stadtgebiet aufgestellten Toiletten keine ausreichende Barrierefreiheit bieten und die Toiletten nicht von allen Rollstuhlfahrer_innen genutzt werden können. Dies ist ein unhaltbarer Zustand.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass

1. bei den bereits aufgestellten Wall-Toiletten dahingehend nachgebessert wird, dass das Optimum an Barrierefreiheit hergestellt wird (Anbringen zusätzlicher Griffe, usw.);
2. umgehend mindestens eine Toilette zusätzlich in zentraler Innenstadtlage aufgestellt wird, die vom Platzangebot so ausreichend ist, dass sie sicher von allen Rollstuhlfahrer_innen genutzt werden kann, und diese ausreichend bekannt gemacht wird;
3. bei Veranstaltungen mit besonderer Bedeutung (z.B. Weinfest) mindestens ein barrierefreier Toilettenwagen zusätzlich zur Verfügung gestellt wird.

7. 14-F-08-0014

Prostitution in Wiesbaden - gesundheitliche und soziale Aspekte
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 12.3.2014 -

Die Antwort des Magistrats auf die schriftliche Anfrage zur Situation der Prostitution in Wiesbaden wurde äußerst unzureichend beantwortet. Um geeignete Maßnahmen für Betroffene zu ergreifen ist eine Kenntnis der Situation in Wiesbaden notwendig.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Erfahrungen bezüglich Prostitution die STD-Sprechstunde im Gesundheitsamt, Abteilung Infektionsschutz, hat (offiziell eingetragene Beratungsstelle für Prostituierte laut einem hessenweiten Papier);
2. welche Erkenntnisse dem Gesundheitsamt grundsätzlich vorliegen bezüglich der Entwicklung der Infektionen in Bezug auf HIV/AIDS und andere Geschlechtskrankheiten (insbesondere Syphilis und Gonorrhö);
3. wie sich die Infektionsraten der meldepflichtigen Geschlechtskrankheiten HIV/Aids, Hepatitis B und Syphilis seit dem Jahr 2000 entwickelt haben (jährlich gemeldete Erkrankungen);
4. ob es eine Zusammenarbeit mit der Gemeinnützige Zuhause Mobil GmbH in Bezug auf deren Programm sensis in städtischen Einrichtungen gibt; wenn ja, in welcher Weise?
5. wohin sich prostituierte Personen in Wiesbaden wenden können, wenn sie aus der Prostitution aussteigen möchten;
6. welche Unterstützungsmöglichkeiten die Landeshauptstadt Wiesbaden prostituierten Personen bietet (zum Beispiel durch das kommunale Jobcenter);
7. welche Erkenntnisse dem Jobcenter Wiesbaden über prostituierte Personen vorliegen (zum Beispiel bezüglich des Ausstiegs aus Hartz IV durch Prostitution).

8. 14-F-33-0025

Bundesförderung Kinderkrippen und Kitas

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 6.2.2014 -

Laut Koalitionsvertrag auf Bundesebene sollen die Länder in der laufenden Legislaturperiode in Höhe von sechs Milliarden Euro u.a, bei der Finanzierung von Kinderkrippen und Kitas entlastet werden.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

- a) zu berichten, wie hoch der Anteil an der Finanzierung der Wiesbadener Kinderkrippen und Kitas war, welchen die Stadt Wiesbaden durch das Land Hessen aus Bundesmitteln vor in Kraft treten der im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen erhielt;
- b) zu berichten, wie hoch die Entlastung Wiesbadens durch das Land Hessen bei der Finanzierung von Kinderkrippen und Kitas bei einer Umsetzung des Bundesprogrammes für Kinderkrippen, Kitas, Schulen, Hochschulen sein müsste;
- c) über die kommunalen Spitzenverbände darauf hinzuwirken, dass die Landesregierung keine Finanzmittel vorenthält, die für die Kommunen gedacht sind.

9. 14-F-33-0026

Fehlbelegungsabgabe

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 6.2.2014 -

Der Hessische Landtag wird laut Koalitionsvertrag die Fehlbelegungsabgabe wieder einführen, um den Kommunen die Möglichkeit zu eröffnen, ihre zweckgebundenen finanziellen Handlungsspielräume für den Bau und Erhalt von preisgünstigem Wohnraum zu stärken.

Gemäß Sitzungsvorlage 11-V-51-0019 betrug das Fehlbelegungsaufkommen für den Wohnungsbau in Wiesbaden vor dem Außer-Kraft-Treten des Gesetzes zur Fehlbelegungsabgabe 2007 bis 2010 jährlich zwischen 1,382 und 1,547 Mio. Euro.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) die Interessen Wiesbadens bei der Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe direkt bzw. über den Hessischen Städtetag zu vertreten;
- b) nach Verabschiedung des Gesetzes dem Ausschuss zu berichten, mit welchem Fehlbelegungsaufkommen Wiesbaden rechnen kann.

10. 14-F-33-0027

ANLAGE

Troncmittel 2013

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 6.2.2014 -

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die Anträge auf Troncmittel 2013 wie in der Anlage aufgeführt zu bescheiden.

11. 14-F-03-0035

SGB Leistungen für EU-Ausländer

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.2.2014 -

Bereits mehrmals hat sich der Ausschuss mit der Frage des Anspruchs auf SGB II und SGB XII Leistungen von EU Ausländern wegen der divergierenden Bundesgesetzgebung und der europäischen Rechtsprechung befasst. Nun hat das Bundessozialgericht (FAZ 19.2.2014) europarechtliche Zweifel an der Bundesgesetzgebung (§ 7 SGB II) geäußert und eine Vorlage an den Europäischen Gerichtshof eingereicht.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zu berichten, wie angesichts dieser Entwicklungen in Wiesbaden bei der Gewährung von SGB II und SGB XII Ansprüchen künftig verfahren wird und welche finanziellen Auswirkungen bei Feststellung der Europarechtsunvereinbarkeit dieser Gesetzgebung eintreten werden.

12. 14-F-03-0031

Fortführung der Förderung „Grundschulpaten“

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7.3.2014 -

Laut aktuellen Presseberichten ist die Fortführung des Projektes „Grundschulpaten“ des Kubis e.V. im Westend gefährdet. Dieses Projekt ist Teil des Handlungsprogramms „Alle Chancen für...!“ und hat sich in hervorragender Weise bewährt. Eine Fortführung hält die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für unerlässlich.

Zusetzungen zum Haushalt wurden von der Fraktion für Paten- und Mentorenprojekte beantragt, aber leider mehrheitlich nicht angenommen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

die Fortführung des Projektes „Grundschulpaten“ sicherzustellen und diesem als üpl. Ausgabe für das Schuljahr 2014/2015 einen Betrag in Höhe von 32.500 € sowie für das 1. Schulhalbjahr 2015 einen Betrag in Höhe von 16.250 € auszus zahlen.

13. 14-F-03-0033

Förderung von gemeinschaftlichem Wohnen durch die GWW auf dem Gelände Simeonhaus
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6.3.2014 -

Derzeit wird der Ankauf von Flächen und Aufbauten der Simeonhaus GmbH durch die städtische GWW geprüft.

Nach Einschätzung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Runden Tisches für Wohninitiativen bietet diese Fläche in einem Teilstück ein hervorragendes Potential für gemeinschaftliches und generationenübergreifendes Wohnen. Durch die Förderung der Wohnprojekte werden soziale Netze aufgebaut, Geborgenheit geschaffen aber auch Verantwortung übertragen. Dieses „sich um andere kümmern“ spart auf der anderen Seite staatliche Leistungen und Hilfen ein.

Gemeinschaftliche Wohnprojekte wirken auch über ihre Hausgemeinschaft hinaus in die Quartiere. So kümmern sich diese in der Regel auch um ihr weiteres Wohnumfeld, aktivieren bürgerschaftliches Engagement und leisten so einen erheblichen Beitrag für die Aufwertung eines ganzen Quartiers.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. das o.g. Vorhaben dem Runden Tisch für Wohninitiativen Wiesbaden vorzustellen,
2. diesen bei der Flächenentwicklung und erforderlichen Bebauungsplanänderung einzubinden sowie
3. im Falle eines konkreten Bedarfes einer Initiative für gemeinschaftliches Wohnen dieser zu angemessenen Konditionen (z.B. Verkehrswert oder Erbpacht), Teileigentum oder Mietverhältnisse unter Einbindung des Projektentwicklers anzubieten.

14. 14-F-03-0034

Zukünftige Situation von Hebammen sowie Fachärztinnen und Fachärzten in der Geburtshilfe
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.2.2014 -

Bereits seit einigen Jahren wurden die Haftpflichtversicherungsprämien für Hebammen sowie für Fachärztinnen und Fachärzte in der Geburtshilfe dramatisch erhöht. Zum Juli 2015 läuft mutmaßlich jeder Versicherungsschutz für Hebammen aus. In einem aktuellen Bericht in der FR vom 19.2.2014 wird die dramatische Situation dargestellt. Möglicherweise ziehen sich auch die freiberuflichen Frauenärztinnen und -ärzte aus der Geburtshilfe zurück. Dies betrifft nicht nur die Entbindung als solche, sondern auch die fachliche Betreuung während der Schwangerschaft und im Wochenbett vor allem durch die Hebammen. Bereits in 2010 erfolgte auf Initiative der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Befassung mit dem Thema im Frauenausschuss. Nach hiesiger Ansicht handelt es sich aber auch um eine gesundheitlich sehr bedenkliche Entwicklung, welche auch Auswirkungen auf die Kliniken in Wiesbaden und insbesondere die HSK haben wird.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, wie viele Hebammen sowie Fachärztinnen und -ärzte im Bereich Geburtshilfe und Nachsorge in Wiesbaden aktiv tätig sind;
2. über die aktuelle Situation der Hebammen in Wiesbaden sowie der Fachärztinnen und -ärzte in der Geburtshilfe in Bezug auf die aktuellen Entwicklungen zu berichten;
3. zu berichten, ob und wie im Falle einer Versorgungslücke bei der Geburtshilfe durch Hebammen und ÄrztInnen die gesundheitliche Versorgung in diesem Bereich sichergestellt werden kann;
4. darzustellen, welche Möglichkeiten er sieht, die Einsatzmöglichkeiten und die berufliche Situation von Hebammen sowie Fachärztinnen und -ärzten auf lokaler Ebene zu unterstützen und zu verbessern.

15. 13-F-05-0016 ANLAGE

Finanzierung/Unterstützung von Selbsthilfegruppen durch die LHW
- Bericht des Dezernates VI vom 23.1.2014 -

16. 13-F-33-0103 ANLAGE

Gelder von Gerichten
- Bericht des Dezernates II vom 23.1.2014 -

17. 13-F-03-0133 ANLAGE

Zukünftige Hortumwandlung
- Bericht des Dezernates II vom 20.2.2014 -

18. 13-F-03-0135 ANLAGE

Belegungsrechte in Wiesbaden
- Bericht des Dezernates II vom 27.2.2014 -

19. 13-F-05-0013 ANLAGE

Bilanz der Erhöhung der Gebühren für die Kinderbetreuung
- Protokollnotiz des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 29.1.2014 (PN 0008)-

20. 13-F-05-0009 ANLAGE

Fakten zum Haus des Jugendrechts
- Protokollnotiz des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 29.1.2014 (PN 0009) -

21. 13-F-33-0079 ANLAGE

Kindertageseinrichtungen und Schulen mit besonderem Bedarf
- E-Mail Nachrichten von Dezernat V bzw. des Hessischen Kultusministeriums vom 10.3.2014 -

22. 14-A-50-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

23. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 13-V-51-0058 DL 16/14-1

Sanierung der Fußwegeverbindung zwischen Nerostraße und Lehrstraße (Bergelchen),
Gestaltung des Lehrplatzes als Quartiersplatz und Erneuerung des Straßenraums Lehrstraße

2. 13-V-80-8015 DL 13/14-5

Arbeitsmarktprojekt "Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen ("Friedhofsteam")" - Verlängerung
2014 bis 2016

3. 14-V-11-2001 DL 17/14-5

Beauftragung einer Mitarbeitendenbefragung im Jahr 2014. Kenntnisnahme der Fehlzeiten der
Landeshauptstadt Wiesbaden

4. 14-V-20-0006 DL 14/14-1

Investitionscontrolling 4. Quartal 2013

5. 14-V-20-0013 **DL 14/14-3**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2013 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

6. 14-V-20-0019 **DL 17/14-1 NÖ**

Genehmigung eines Kassenkredites für die HSK Rhein-Main GmbH

7. 14-V-20-0020 **DL 17/14-2 NÖ**

Liquiditätssicherung bei der Feierabendheim Simeonhaus GmbH

8. 14-V-40-0004 **DL 12/14-4**

Ausbau Grundschulkinderbetreuung - Bericht zur Entwicklung 2. Halbjahr 2013

9. 14-V-51-0004 **DL 17/14-10**

Vorabfreigabe eines Anteils der Bezuschussung zur Sicherstellung der Arbeit der "Kontaktstelle Gemeinschaftliches Wohnen"

10. 14-V-51-0006 **DL 17/14-11**

Vorabfreigabe von IM-Mitteln des Amtes für Soziale Arbeit im Bereich der Kindertagesstätten

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Ulrich Weinerth
Vorsitzender